

Wilsdruffer Tageblatt

Rationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Postamt Dresden 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. monatlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Redaktion ist in Dresden, Poststraße 10. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Anzeigenpreise sind in der Geschäftsstelle zu erfragen. Die Geschäftsstelle ist in Wilsdruff, Markt 1. Die Redaktion ist in Dresden, Poststraße 10. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharand, Finanzamts Pöffen.

Nr. 43. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 20. Februar 1925.

Preußen und das Reich.

Von besonderer parlamentarischer Seite wird um aus dem Preussischen Landtag geschrieen:

Ist nun wirklich das Ende der Preußenkrise da mit der Erklärung, die der neue preussische Ministerpräsident Marx namens des Ministeriums gab? Nimmt er an das zu haben, was er für seine Regierung braucht, nämlich das Vertrauen des Landtages? Diese Fragen aufstellen, heißt sie verneinen. Marx will der Opposition ein offenes Feldschlacht liefern, will im Parlament siegen oder scheitern. Erst der kommende Freitag oder der Sonnabend entscheidet darüber, welches das Schicksal der Marx'schen Regierung sein wird. Aber die Krise ist ja selbst dann nicht vorbei, wenn Marx für die Minister, die er sich gewählt hat, am Schluß der Debatte über die Regierungserklärung vielleicht ein Vertrauensvotum erzielt.

Ob er dieses erzielt, das ist ja an und für sich schon zweifelhaft. Vielleicht wird auch sehr wieder von irgend einer Partei der Opposition ein Antrag gestellt, der Regierung das „Vertrauen“ auszusprechen. Der Antrag ist natürlich nicht ernst gemeint, ist parlamentarische Taktik. Denn um dem Ministerium das Vertrauen des Landtages auszusprechen, muß die Opposition eine Stimme über die absolute Mehrheit aufbringen, also 228 Stimmen, da der Landtag 450 Mitglieder zählt. Daher stellt man dann ein Vertrauensvotum und lehnt es selbst ab. Derart stehen die Dinge auf des Messers Schneide, daß die Opposition unter Umständen zu solchen Mitteln parlamentarischer Taktik greift, um ihr Ziel zu erreichen.

An der Stellung der Parteien rechts vom Zentrum hat sich nichts geändert dadurch, daß nicht mehr ein sozialdemokratischer Ministerpräsident an der Leitung Preußens steht, sondern der Zentrumsmann Marx. Geändert hat sich auch dadurch nichts an dieser Haltung, daß das Zentrum drohte, seine bisherige Stellung im Reichskabinett Luther einer Korrektur zu unterziehen, wenn in Preußen die Rechte in ihrer unbedingten Opposition gegen Marx verharren würde. Diese Drohung hat nicht den geringsten Einfluß ausgeübt, weil man auf der Rechten überzeugt ist, daß das Zentrum die Durchführung einer neuen Krise im Reich gar nicht riskieren würde.

Marx hat es an Bemühungen nicht fehlen lassen, namentlich die Deutsche Volkspartei zu einer anderen Stellungnahme zu veranlassen. Vielleicht wäre ihm das gelungen, wenn er es hätte vermeiden können, einen Sozialdemokraten in sein Kabinett aufzunehmen zu müssen. Als unmöglich sah die Deutsche Volkspartei einen Wechsel ihrer Stellung an, als bekannt wurde, daß Seevering Innenminister in Preußen bleiben sollte. Seevering ist, das geben ihm Freunde wie Gegner ohne weiteres zu, überhaupt die stärkste Persönlichkeit über die die Sozialdemokratie zurzeit verfügt. Aber auch die unfruchtbarste Persönlichkeit; nicht nur die Deutschenationalen, sondern auch die Volksparteiler haben es als untragbar bezeichnet, ein Kabinett zu unterstützen, in dem Seevering eine oder die vielleicht maßgebende Rolle spielt, weil die gesamte innere Verfassung Preußens in seiner Hand liegt. Das ist auch ausschlaggebend geworden für die Haltung der Wirtschaftspartei, die parlamentarisch das Jünglein an der Wage bildet und mit deren Hilfe Marx vielleicht eine parlamentarische Grundlage erreicht hätte, die ihm das Regieren möglich machte. Aber die Sozialdemokratie, die auf ihre zwei bisherigen Ministerposten (Präsidentium und Handel) verzichtet hat, bestand unbedingt darauf, daß wenigstens Seevering im Ministerium bliebe. Gegen die Sozialdemokratie wollte und will Marx nicht regieren, ebensowenig, wie er das im Reich wollte. An dieser Stellungnahme ist er im Reich freilich gescheitert; ob ihm das gleiche Schicksal auch in Preußen beschieden ist, darüber entscheidet vielleicht schon die Abstimmung im Landtag, sicherst aber die alternächste Zeit, selbst wenn ihm dort ein Vertrauensvotum beschieden sein sollte.

Gegen eine Rechtsentwicklung in Preußen bei der Lösung der Krise wurde aus der Mitte eingewendet, es müsse ein Gegengewicht gegen die Entwicklung im Reich erhalten bleiben. Es fragt sich nur, ob sich diese Position im Hinblick auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse wird durchführen lassen. Immer muß daran festgehalten werden — die Geschichte des Kabinetts Cuno beweist das — wie entscheidend es auch für die Reichspolitik war, welche Regierung das preussische Steuerbudget führte. Der größte deutsche Staat hat nur wenig von dem Einfluß eingebüßt, den er seit den Tagen der Bismarckschen Verfassung auf das Reich ausübt. Darum ist der Kampf um die Macht in Preußen so erbittert, ist die Lösung der Krise so schwierig; denn noch immer gilt Bebel's Wort, für alle Parteien allerdings: „Haben wir erst Preußen, dann haben wir alle.“

Rumäniens Wirtschaftskrieg.

Deutschland behält sich freie Hand vor. Der rumänische Finanzminister hat eine Verordnung erlassen, in der alle Behörden aufgefordert werden, ihre geschäftlichen Beziehungen und Verhandlungen mit deutschen Staatsbürgern oder Vertretern des deutschen Staates

Jugoslawien folgt dem Beispiel Rumäniens.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“
Berlin, 19. Februar. Wie die Tägliche Rundschau von gutunterrichteter diplomatischer Seite erfährt, werden von Jugoslawien ähnliche Repressalien gegen die deutschen Minderheiten ergriffen wie in Rumänien. Sie erfährt dazu weiter, daß bereits deutsche Staatsangehörige aus Jugoslawien ausgewiesen worden sind und schreibt, man könne sich dem Eindruck nicht verschließen, daß bei diesem Vorgehen sowohl in Jugoslawien wie auch in Rumänien Frankreich die Hände im Spiele habe, um auf diese Weise Repressalien bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag gegen Deutschland auszuüben.

Zum rumänisch-deutschen Konflikt.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“
Berlin, 19. Februar. Wie die Morgenblätter melden, liegen bis Mittwoch an zuständiger Stelle keinerlei amtliche Nachrichten über die von rumänischer Seite in dem deutsch-rumänischen Konflikt angedrohten Repressalien vor. Von rumänischer Seite wurde bislang mit folgenden Maßnahmen gegen Deutschland gedroht: Die Liquidierung des noch nicht liquidierten Vorkriegseigentums in Rumänien, die Einführung der 20prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren, die Einführung von Maximalzöllen — die Maximalzölle sind dreimal so hoch wie die gewöhnlichen — die Liquidierung des seit der Ratifikation des Versailler Vertrages in Rumänien neu erworbenen deutschen Privateigentums. Wenn auch bisher amtliche Meldungen über die Durchführung der Repressalien nicht vorliegen, empfiehlt sich doch, mit Rücksicht auf die Möglichkeit rumänischer Maßnahmen äußerste Vorsicht im Geschäftsverkehr mit Rumänien.

abzubrechen. Auch die Schiffe, die rumänisches Öl nach Deutschland liefern sollten, wurden zurückberufen. In Bukarest politischen Kreisen verlautet, daß die rumänische Regierung den deutschen Gesandten verständigt habe, daß, sobald die deutsche Antwortnote nicht zufriedenstellend sei, das Vermögen der Deutschen in Rumänien sequestriert werde und der Anteil deutscher Staatsbürger an rumänischen Unternehmungen zugunsten des rumänischen Staates beschlagnahmt würde.

Damit hat also Rumänien den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland auf der ganzen Front eröffnet. Reichsaussenminister Dr. Stresemann gab im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags Erklärungen über das gegenwärtige Verhältnis Deutschlands zu Rumänien: Nachdem er mitgeteilt hatte, daß sich die Meldungen über Ausweisungen von Deutschen bisher nicht bestätigt hätten, betonte er allerdings, daß Repressionsmaßnahmen in Rumänien erzwungen würden, denen gegenüber die deutsche Reichsregierung sich vollkommen freie Hand vorbehalten werde. Dr. Stresemann wandte sich mit besonderer Entschiedenheit gegen die Möglichkeit, daß die rumänische Regierung etwa dazu vorschreiten könnte, deutsche Privateigentümer für einen Konflikt zwischen den beiden Regierungen haftbar zu machen und auf die schweren internationalen Folgen hinwies, die ein solches Vorgehen für das Ansehen und das Rumänien in internationalen wirtschaftlichen Kreisen entgegenzubringende Vertrauen haben würde.

Der Kontrollbericht übergeben.

Neue interaktivierte Besprechungen. Der Schlussbericht der interaktivierten Militärkontrollkommission ist am Mittwoch früh der Votschastersonferenz offiziell übergeben worden. Es steht noch nicht fest, ob und in welcher Form der Bericht veröffentlicht werden soll. Während einige französische Blätter melden, daß französischerseits auf die unverzügliche Veröffentlichung des Berichts Wert gelegt werde, heißt es andererseits, daß zunächst der Versuch gemacht werden soll, zwischen Paris und London eine Einigung über das weitere Vorgehen der Alliierten Deutschland gegenüber herbeizuführen.

Der Streit um die Ruhrdenkschrift.

Presestimmen von haben und drüben. Über die Denkschrift der Regierung zu den Ruhrdenkschriften, den der Denkschrift beigefügten Brief des verstorbenen Hugo Stinnes und den ganzen Fragenkomplex haben sich lebhafte Auseinandersetzungen entwickelt. So beschäftigt sich auch die Zeit, daß dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann nabelebender Oran, mit der Unvollständigkeit der

Deutschland und der Völkerbund. — Eine Unterredung mit Paul Boncour.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“
Berlin, 19. Februar. Die Bossische Zeitung meldet aus Genf: Der französische Delegierte im Völkerbundsrat Paul Boncour, Präsident der Landesverteidigungscommission der französischen Kammer erklärte dem Korrespondent der Bossischen Zeitung im Laufe eines Gespräches über die voraussichtliche Behandlung der Note der deutschen Regierung an den Völkerbund, die auf der Märztagung des Völkerbunds steht, folgendes: Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß der Rat irgend eine Ausnahme zu Gunsten Deutschlands von den Bestimmungen des Völkerbundsvertrages zulassen kann. Das einzige, was Deutschland fordern kann, ist gleichberechtigte Behandlung im Rate, die ihm zugesichert worden ist. Aber im übrigen liegt es meiner Ansicht nach im Interesse der deutschen Regierung selbst, keine Ausnahme zu verlangen. Ich finde auch, daß die Militärkontrolle für Deutschland den Charakter der Erniedrigung verlieren würde, wenn diese Kontrolle von einem Organismus ausgeübt wird, dem die deutsche Regierung selbst als gleichberechtigt angehört. Schließt sich aber Deutschland selbst davon aus, so ist es seine eigene Schuld, wenn die Kontrolle ihren für Deutschland erniedrigenden Charakter beibehält. Auf den Einwand, daß man in Deutschland nur wünsche, daß die Abrüstung Deutschlands bei der Ausführung des Artikels 16 des Völkerbundsvertrages Rücksicht genommen würde, erklärte Paul Boncour, es sei selbstverständlich, daß die besondere Lage jedes Landes berücksichtigt werde.

natt, der sozialdemokratische Wortführer, der im Verein mit der Germania scharfe Angriffe gegen die Regierung richtete, welche an der Regierungsdarstellung Fälschungen anzubringen die Germania behauptet in Bezug auf die Denkschrift. Eine schlechte Sache hat einen schlechten Verteidiger gefunden. Wenn die Sache tatsächlich so „schlecht“ sei, wie die Germania meine, soginge ihre Kritik auf das Konto Marx wenn alle Ausstellungen seien in der Zeit erfolgt, in der Herr Marx die Führung des Kabinetts hatte. Wenn der Wortführer aber schreie, am 20. Oktober 1923 hat sich Hugo Stinnes erklärt, brieflich zu erklären, es müsse der nötige Zeitraum für Verhandlungen mit der Regierung unbedingt gewonnen werden, da sonst Rhein und Ruhr im preussischen und vielleicht deutschen Staatsverband abgeschrieben werden müßten. So sei das eben eine Fälschung. Denn im Wortlaut des Stinnes-Briefes sei zu lesen, daß die Vergarbeiterverbände im wesentlichen, vertreten durch den Vergarbeiterverband, auf die Industriellen eingewirkt habe, daß die Finanzierung der Reparationsleistungen bei dem Reichsminister und dem Reichspräsidenten einzutreten. Und nun sei das, was der Wortführer Hugo Stinnes in den Mund lege, als Argument angeführt das die Vertreter der Vergarbeiter den Industriellen gegenüber geltend gemacht haben. Wenn also jemand erschreckliche Drohungen ausgeföhren habe, so sei es gewiß nicht Hugo Stinnes gewesen.

Deutscher Reichstag.

(27. Sitzung.) OB. Berlin, 18. Februar. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Aufnahme von Auslandszinsen durch Gemeinden und Gemeindeverbände wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. In dritter Lesung angenommen wurde der Gesetzentwurf über die Todesstrafe für Kriegsverstöße. Als Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Gesetzes wurde der 1. März d. J. bestimmt. Es folgte dann die Beratung des Antrages Müller-Branden (Cos.) auf Vorlegung des Entwurfs eines

Schanfküttengesetzes.

Der Ausschuss empfahl Annahme. Abg. Strauß (Wirtsch. Pgg.) erklärte, seine Partei könne die Notwendigkeit eines Schanfküttengesetzes absolut nicht anerkennen. Mit einem Gesetz gegen die Gastwirte werde man nie die Trunksucht bekämpfen. Inzwischen ist ein deutscher nationaler Antrag Straußmann und Graf Westarp eingegangen, der für den Fall der Ablehnung des Ausschussantrages schleunigst einen Gesetzentwurf zum Schutze der Jugend gegen die Gefahr des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schanfküttenswesens unter Ablehnung der Ertröckung Deutschlands fordert. Abg. Dr. Ströhm (Dtn.) erklärt, der Antrag bleibe mit dem Zwecke, endlich Ordnung in das Gastwirtsgeverbe zu bringen. Aber die gute Wirkung des Kampfes gegen den Alkoholismus in Amerika könne kein Zweifel sein. Abg. Vides (D. Sp.) begründete es, daß endlich mit der Entschuldig von Straßmann durch Trunkenheit Schluss gemacht werde. Abg. Stöder (Komm.) erklärte, die kommunistische Partei führe den Kampf gegen den Alkohol in erster Linie als Kampf gegen den Kapitalismus. Abg. Rolke (Wirtsch. Pgg.) betonte, daß mäßiger Alkoholgenuß vernehmlich wäre und Gegenstände ausgleiche. (Große Heiterkeit und Lulle. Also der damit in den Reichstag!) In der weiteren Debatte äußern sich noch die Abg.